Abg. Junck sich gestern darüber beschwerte, daß so wenig Verstöße gegen das Gesetz vorgekommen sind. Diesem Mann fehlt völlig das Ehrgefühl des freien Mannes. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) — Vizepräsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung. — Ledebour bespricht besonders die Handhabung des Gesetzes in Sachsen und Preußen und nimmt die polischen Berufsvereine in Schutz und erklärt dabei, daß der Sprachenparagraph auf sie nicht angewendet werden dürfe. — Der Staatssekretär habe mit seinen larmoyanten Ausführungen den Fürsten Radziwill nicht widerlegt. (Präsident Graf Stolberg ruft den Redner zur Ordnung.) — Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geh. Rat Dr. Fischer tritt Angaben Ledebours über die Handhabung des Vereinsgesetzes in Sachsen entgegen. Herr Ledebour hat von den sächsischen Verhältnissen keine Ahnung, er hat sich mit der Angabe, in Sachsen werde neuerdings die Entgegennahme von Beschwerden von der Einzahlung einer Kaution abhängig gemacht, einen mächtigen Bären aufbinden lassen. — Abgeordneter Schirmer (Zentrum): Man sollte doch die besonderen Eigentümlichkeiten der Polen schonen und sie nicht drangsalieren. Die Süddeutschen sind in bezug auf liberale Handhabung des Vereinsgesetzes wie auch in sozialer Beziehung den Norddeutschen voraus. Hören Sie also auf, immer von dem Ultramontanismus zu reden, der bei uns in Bayern sein Wesen treibe. — Ministerialdirektor Just teilt mit, daß in Preußen eine Anordnung ergangen ist, wonach nicht nur amtliche Zeitungen, sondern alle Zeitungen als Publikationsorgane zugelassen sind. — Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.) weist Angriffe Ledebours auf die Freisinnigen zurück und bemerkt u. a., die Sozialdemokraten möchten nur ruhig sein, die Freisinnigen würden nie einem Ausnahmegesetze zustimmen. — Abg. Stychel (Pole): Der Staatssekretär habe, indem er mit seinem Material den Beifall der Mehrheit fand, nur gezeigt, wie man selbst einem solchen Hause etwas weismachen kann. (Unruhe.) Die Polen seien nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen. — Abg. v. Liebert (Reichsp.) bedauert, daß sich das Haus durch eine kleine Minderheit schon drei Tage lang in eine uferlose Debatte habe hineinziehen lassen. Fürst Radziwill habe einen Vergleich mit der Naturkatastrophe in Kalabrien und Sizilien gezogen. Dort sind 150 000 Menschen untergegangen, nun, bei den Polen sehen wir dagegen eine unheimliche Volksvermehrung. (Große Heiterkeit.) Die polnischen Arbeiter fühlen sich wohl, haben gute Löhne; trotzdem schließen sie sich ab. Von einer Drangsalierung der Polen ist keine Rede. Unter den 64 Millionen im Deutschen Reiche bilden die 4 Millionen Polen nur einen kleinen Bruchteil, der sich mit uns einleben sollte. — Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. — Schluß der Sitzung gegen 4½ Uhr. Montag 1 Uhr: Erste Beratung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb.

Fürst Bülow und die Konservativen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Danziger Allg. Ztg.", das Organ der westpreußischen Konservativen, bringt an der Spitze ihres politischen Teiles zur Rede des Abgeordneten v. Oldenburg die Erklärung, die Konservativen dächten nicht daran, am Block zu freveln oder den Kanzler vom Kaiser abzudrängen.

Das Reichsapothekengesetz.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die erneuten kommissarischen Beratungen zu dem vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteten vorläufigen Entwurfe eines Reichsapothekengesetzes haben auf der Grundlage der eingegangenen bundesstaatlichen Aeußerungen begonnen, die durchaus auf dem Boden der Grundsätze des Entwurfes stehen, der das in Preußen seit 1894 durchgeführte Prinzip der persönlichen und unveräußerlichen Apothekenkonzessionen auf das Reich ausdehnt.

Die württembergische Volksschulnovelle.

Stuttgart. Die Zweite Kammer hat heute in fortgesetzter Beratung der Volksschulnovelle einen Antrag des Zentrums auf Beibehaltung der geistlichen Ortsschulaufsicht mit 59 gegen 25 Stimmen abgelehnt und diese Aufsicht auf dem Gebiete der Schulpflege einem Volksschulrat übertragen, der bei ein- und zweiklassigen Schulen seinen Mitvorsitzenden (den Geistlichen) oder einen seiner Mitglieder beauftragen kann, Schulbesuche zu machen, ohne daß sie befugt sind, Anordnungen zu treffen. Bei drei- und mehrklassigen Schulen wird die Ortsschulaufsicht von den Schulvorständen, den Oberlehrern bezw. Rektoren ausgeübt.

Die Universitätsfrage in Oesterreich.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die erneute tiefe Verstimmung, die sich in Italien über den Beschluß der österreichischen Regierung in der Universitätsfrage kundgibt, hat, wie aus Rom gemeldet wird, die deutsche Regierung zur Vermittlung veranlaßt. Fürst Bülow soll in Wien Schritte getan und die Berücksichtigung der italienischen Wünsche im Interesse des Dreibundes empfohlen haben.

Von der Unglücksstätte in Süditalien.

Rom. General Mazzitelli telegraphiert aus Regina an Giolitti, daß er in der Stadt Komitees gegründet habe, die die Identifizierung der Leichen vornehmen und aufgefundene Güter sicher stellen sollen. Ein Zentralkomitee, das von einem höheren Offizier und Vertretern der Präfektur und der Munizipalität gebildet wird, soll mit den Komitees Hand in Hand gehen. Vertreter des Roten Kreuzes aus der Schweiz seien mit zwei Wagen mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken eingetroffen und hätten mit der Verteilung begonnen. Auch ein spanisches Kriegsschiff sei eingetroffen, um Verwundete aufzunehmen.

Das neue Erdbeben.

Hamburg. Die hiesige Hauptstation für Erdbebenforschung verzeichnete ein 3 Uhr 45 Minuten beginnendes und gegen 2 Stunden andauerndes katastrophales Erdbeben, dessen Herd etwa 3700 Kilometer von Hamburg in östlicher Richtung zu suchen ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat eine weitere Einschränkung des Hofberichts befohlen, der fortan nur noch zweimal wöchentlich im „Reichsanzeiger" erscheinen soll.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause ging heute ein Antrag Hammer ein auf Schaffung einer ausreichenden Vertretung des Kleinhandelsstandes in der Weise, daß bei den Handelskammern ein Kleinhandelsausschuß gebildet wird „von Personen, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes hinaus geht".

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Ausschmückungskommission des Reichstages hielt heute eine Sitzung ab. Es verbleibt bei dem Beschlusse, die Jaukschen Bilder zu bezahlen, sie aber nicht wieder im Sitzungssaale anzubringen. Im übrigen waren die Verhandlungen vertraulich.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Hier fand eine Besprechung von Angehörigen des graphischen Gewerbes Deutschlands wegen Beschickung der Brüsseler Weltausstellung statt. Die Mehrzahl der Teilnehmer äußerte sich zustimmend. Die korporative Beteiligung des Buchgewerbes erscheint danach gesichert.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Infolge starken Frostes sind die Versuche, die Schiffahrt in den mittelelbischen Häfen im Gange zu halten, größtenteils gescheitert und wegen des Eisganges nunmehr gänzlich aufgegeben worden. Auf die Frachten ist infolgedessen eine durchgehende Erhöhung der Raten eingetreten.

Halle. (Priv.-Tel.) Gestern abend wurden im unterirdischen Abbau der Fingerschen Braunkohlengrube bei Zscheuben 3 Bergleute verschüttet. Zwei waren sofort tot, einer schwer verletzt.

Magdeburg. (Priv.-Tel.) Adrian Moßer aus Hagenau im Elsaß, der das Polytechnikum in Cöthen besucht, hat eine Flugmaschine konstruiert, einen Aeroplan mit einer selbsttätigen Ausbalanziervorrichtung. Die Maschine braucht keine Anlauffläche und besitzt eine Tragkraft von 750 Kilogramm.

Stuttgart. Die Leiche des Prinzen Ernst von Sachsen-Weimar traf heute vormittag aus München hier ein und wurde nach dem Prag-Friedhofe überführt. Hinter dem Leichenwagen folgten der König von Württemberg und Prinz von Sachsen-Weimar, der Bruder des Verstorbenen. Darauf folgten die Mitglieder des königlichen Hauses, die Vertreter des Großherzogs von Baden, des Herzogs von Sachsen-Meiningen und des Fürsten von Schaumburg-Lippe und militärische Abordnungen. Nach einem Trauergottesdienste wurde der Sarg in das Krematorium getragen und nach kurzem Gebet dem Feuer übergeben.

Kattowitz. (Priv.-Tel.) In Modlowitz ist der 27jährige Kassierer Weiß von der Deutschen Volksbank nach Unterschlagung von 25 000 M. flüchtig geworden.

Paris. (Priv.-Tel.) Finanzminister Caillaux empfing eine Abordnung des Bundes französischer Industrieller und Kaufleute, die ihm den Wunsch aussprachen, die französische Regierung solle künftig nur die Anleihen derjenigen fremden Staaten zur Quotierung zulassen, die irgendwelche Bestellungen oder Konzessionen für den französischen Handel oder Ackerbau gewähren. Caillaux erwiderte, er teile zwar die Ansicht der Abordnung, könne aber dafür keine allgemeine Regel aufstellen.

Paris. Die Rollkutscher der Zentralhalle, 500 an Zahl, sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung und neue Arbeitsbedingungen.

London. Heute früh gaben in Tottenham, einem der nördlichen Viertel von London, zwei Italiener, die offenbar irrsinnig waren, nach allen Richtungen Schüsse ab und töteten bezw. verwundeten etwa 20 Personen, darunter einen Schutzmann. Die beiden Italiener begingen darauf Selbstmord. Die Darstellungen dieses ungewöhnlichen Vorganges gehen sehr auseinander.

London. (Priv.-Tel.) Aus Princeton in New Jersey wird telegraphiert: Hier wütet eine furchtbare Feuersbrunst, die die Stadt zu zerstören droht. Die berühmte Universität ist in Gefahr. Sämtliche Studenten helfen der Feuerwehr bei den Rettungsarbeiten. Der Schaden ist bereits enorm, doch ist bis jetzt noch kein Verlust an Menschenleben zu verzeichnen.

Belgrad. Die Skupschtina hat heute den Bericht des neuen Kriegsministers Zivkowitsch über die Ausrüstung des Heeres entgegengenommen.

Boston. Der Dampfer der White Star-Linie „Republik" kollidierte im Nebel bei der Insel Nantucket mit einem unbekannten Fahrzeug und wurde schwer beschädigt. Nach einer drahtlosen Meldung wurden die Passagiere von einem anderen Dampfer aufgenommen. Bei Abgang der Depesche befand sich die „Republik" im Sinken.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Paris (nachm. 3 Uhr). Rente 96,47½. Italiener 102,20. Neue Portugiesen 57,50. Spanier 75,95. Türken (unif. Anl. 04) —,—. Türkenlose 175,—. Staatsbahn —,—. Lombarden 147,—. Ottomanbank 700,—. Befestigt.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Januar 22,85, per Mai-August 23,70. Ruhig. Mehl per Januar 63,25, per Mai-August 63,—. Ruhig. Spiritus per Januar 36,75, per September-Dezember 37,50. Ruhig.

Finanzminister Dr. von Rüger über Reichsfinanzreform und Sparsamkeit.

Nachdem sich im preußischen Abgeordnetenhause der preußische Finanzminister über die Reichsfinanzreform in Verbindung mit der Mahnung zur Sparsamkeit an die Beamtenschaft geäußert, durften den Ausführungen, die soeben Finanzminister Dr. v. Rüger in der sächsischen Ersten Kammer zu demselben Thema gemacht hat, eine gewisse allgemeinere Bedeutung für die Bundesstaaten zukommen. Es erscheint deshalb nicht unangebracht, von der Rede Rügers noch einzelne Teile im Wortlaute nachzutragen. Der Herr Minister äußerte u. a.:

„Ich kann es nicht verschweigen, daß wir fortdauernd unter dem Drucke stehen, daß die Reichsfinanzreform noch keineswegs gesichert erscheint. Und doch gibt es im Staatsleben des Deutschen Reiches nichts Zwingenderes als das Zustandekommen der Reichsfinanzreform. Einig ist man im Bundesrate vollständig, daß der Zustand so ist, daß er keinesfalls in dieser Art fortgehen kann, und einig ist man auch bisher, ich kann wohl sagen, in allen Kreisen gewesen, daß die Reichsfinanzreform sich auf der Grundlage vollziehen muß, daß den einzelnen Staaten die Existenz gesichert bleibt und die Möglichkeit, sich zu betätigen dadurch, daß man ihnen die direkten Steuern überläßt, während dem Reiche die indirekten Steuern bleiben sollen. (Sehr richtig!) Nach meiner festen Ueberzeugung sollte an dem gegenwärtigen Zustande der Reichsverfassung und an der Bildung des gesamten Körpers des Reiches nichts geändert werden, weil wir nicht imstande sind, etwas anderes, etwas Besseres an die Stelle dessen zu setzen, was jetzt Rechtens ist. Die Einzelstaaten sind Glieder des Reiches und sind in ihrer Gesamtheit das Reich selbst, und ich wüßte nicht, was man, wie ich schon sagte, an die Stelle setzen sollte. Ich weiß sehr wohl, daß es eine Zeit gegeben hat, wo der Gedanke des Einheitsstaats ziemlich weit verbreitet war. Aber ich sollte doch meinen, daß die Entwicklung der Dinge, wie sie sich vollzogen hat in den letzten Jahrzehnten, jedermann überzeugt haben müßte, daß dieser Gedanke nicht erreichbar ist, und selbst wenn ich von allem absehen wollte, was mich jetzt an dem gegenwärtigen Zustand festzuhalten heißt, abstehen wollte von allen Pflichten, die mir die Ergebenheit gegen unser erhabenes Herrscherhaus, meine Stellung als Beamter und meine ganze Vergangenheit auferlegen, so würde ich doch bekennen, der Einheitsstaat ist nicht zu erreichen, und es wäre überhaupt gar kein Glück, wenn er an die Stelle der jetzigen Verfassung treten würde. (Sehr richtig!) Es ist nicht zu erreichen, denn was dem Fürsten Bismarck nicht gelungen wäre, würde uns, den Epigonen, wahrscheinlich noch viel weniger gelingen. Beruht doch auch die jetzige Reichsverfassung auf dem sehr richtigen Gedanken, daß das Reich nicht die Zusammenfassung aller Kräfte sein soll, sondern daß auch den Einzelstaaten die Möglichkeit bleiben soll, sich als Staaten zu betätigen. Ich glaube, es ist ein Vorzug unserer Entwicklung in Deutschland, daß wir nicht die Betätigung aller Kräfte des Staates in einem einzigen Zentrum vereinigt haben, sondern daß auch noch eine Anzahl anderer Zentren da sind, die bisher ihre Aufgabe vollständig erfüllt haben, ihre Aufgabe, die darin bestand, das Kulturleben des Volkes zu entwickeln und zu fördern. (Sehr richtig!) Was in dieser Beziehung geschehen ist, dessen brauchen wir uns weder hier noch anderwärts in den deutschen Staaten zu schämen, und es liegt auch von diesem Gesichtspunkte aus gar kein Grund vor, den jetzigen Zustand zu ändern. Wenn aber die Einzelstaaten fähig bleiben sollen, ihre Aufgaben zu erfüllen, so muß vor allen Dingen das Reich selbst so gestellt sein, daß es seinen Aufgaben gerecht wird ohne allzu große Inanspruchnahme der Einzelstaaten. Auf der Grundlage, daß die Einzelstaaten ungemessene Matrikularbeiträge bezahlen müßten, auf der Grundlage ist eine Reform überhaupt nicht möglich. Schon die letzte Vergangenheit hat gezeigt, daß es sich hier um ganz enorme Ziffern handelt. (Sehr richtig!) Zu solchem Anschwellen der rückständigen Matrikularbeiträge hätte es überhaupt gar nicht kommen dürfen (Sehr richtig!), und es scheint mir ohne weiteres klar zu sein, daß die Einzelstaaten nicht in der Lage sind, das zu bezahlen. Schon jetzt zeigt sich in anderen Staaten, wohin wir gekommen sind, wohin die Rückwirkung dieser Zustände des Reiches auf die Zustände der Einzelstaaten führt. In einer ganzen Reihe von Staaten muß ernstlich darauf gedacht werden, die direkten Steuern zu erhöhen. Man spricht davon, daß in Württemberg 12 % Zuschlag zu den direkten Steuern genommen werden müssen, in Bayern 20 % und in Hessen 25 bis 30 %. (Hört, hört!)

Nun möge man sich überlegen, wohin wir mit solchen Zuschlägen kommen würden, wenn wir auch genötigt wären, sie unseren an sich schon recht hohen Steuern hinzuzufügen. Dabei kommt namentlich auch mit in Betracht, daß die Finanzzustände der Gemeinden, die dem Staate doch sehr nahe stehen, keineswegs glänzend sind, nicht bloß bei uns in Sachsen, sondern überhaupt in Deutschland. Wenn wir die Steuerzahler in so erheblicher Weise von Staats wegen belasten wollten, würde für die Gemeinden gar nichts übrig bleiben; wir könnten uns dann auf einen allgemeinen Bankrott einrichten, und dahin möchten wir es doch nicht kommen lassen. Deshalb muß nach meiner vollen Ueberzeugung die Reichsfinanzreform mit allem Nachdruck betrieben werden, und es müssen sämtliche Beteiligte sich von dem Gedanken erfüllen lassen, daß es jetzt endlich Zeit und hohe Zeit ist, mit der Reform zum Abschluß zu kommen. Nun ist das Schauspiel, das sich uns bietet bei der Betrachtung der bisherigen Erörterung der Vorschläge der Bundesregierungen in der Oeffentlichkeit, nicht immer ein sehr erhebendes. Alle Kreise der Industrie, sollte ich meinen, müßten das lebhafteste Interesse haben, gerade in diesem Falle ihre eigenen Interessen zurückzustellen, und voranzustellen das Interesse für das Reich, das Interesse an dem Bestehenbleiben dieses Staatskörpers, dem die Industrie selbst so außerordentlich viel verdankt.

Wenn ich sagte, daß das Reich genötigt ist, jetzt endlich einmal reine Wirtschaft zu machen, die alten Sünden wieder gut zu machen und für die Zukunft etwas Brauchbares zu schaffen, so muß ich zugleich hinzufügen, daß, wenn dann endlich der Zustand erreicht sein wird, daß das Reich über angemessene Mittel verfügt, doch auch dafür gesorgt werden muß, daß dann endlich Ruhe eintritt. Denn man wird zugeben müssen, daß das deutsche Volk nicht aller 5 oder 10 Jahre wiederum vor Ausgaben dieser Art gestellt werden darf, sondern daß das Deutsche Reich endlich auch damit zufrieden sein und damit auskommen muß, was ihm gewährt wird. (Sehr richtig!) Dazu gehört freilich etwas, was so langweilig ist immer wieder zu erwähnen, was aber doch erwähnt werden muß, es gehört dazu der Sinn für Sparsamkeit. (Sehr richtig!) Es ist auch von allen Seiten im Bundesrat anerkannt worden, daß hier Remedur geschafft werden muß, und daß es keinen einzelnen Zweig der Staatsverwaltung geben darf, bei dem das Gebot der Sparsamkeit Halt machen dürfte. Wir müssen, meine Herren, alle sparen, und in dieser Hinsicht möchte ich wünschen, daß wir uns einmal des Geistes unserer Väter erinnern. Es ist vielfach heutzutage ja nicht mehr begreiflich, in welcher Weise früher der Sinn für Sparsamkeit, für Enthaltsamkeit geherrscht hat. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist mir neulich aufgestoßen. Goethe war seinerzeit bekanntlich auch Referent im Ministerium des Auswärtigen seines Herrn, des Herzogs Karl August, und es hat sich bei Gelegenheit anderer Untersuchungen ergeben, daß er in dieser Beziehung wie sonst in jeder anderen außerordentlich fleißig war. Es hat sich ergeben — und das Archiv in Weimar beweist es noch —, daß bei einer bestimmten Gelegenheit ein dickes Aktenstück eigenhändig von Goethe geschrieben worden ist und daß die Konzepte auch selbst von ihm mundiert worden sind, das letztere vermutlich aus Furcht vor Indiskretionen. Dies geschah, um das beiläufig zu erwähnen, bei der Gelegenheit, daß Friedrich II. von Preußen die exzentrischen Pläne Josephs II. zu durchkreuzen strebte durch die Gründung eines Fürstenbundes. Das war eine sehr heikle Angelegenheit, für die sich Herzog Karl August in hohem Grade interessierte und die deswegen seinen Rat Goethe lebhaft beschäftigte. Zu derselben Zeit, wo unser Goethe den eigenen Schreiber machte, zu der nämlichen Zeit war es, daß er bereits die größten Meisterwerke, die unsere Literatur aufweist, geschaffen hatte: schon damals waren „Werthers Leiden", war der „Götz" und, glaube ich, auch schon die „Iphigenie" erschienen. Der große Geist hielt es nicht für unter seiner Würde, dem Staate auch diese niederen Dienste zu leisten. Natürlich kann man heutzutage so etwas nicht mehr verlangen. Es fehlt an dem Vergleichungspunkte schon unter dem Gesichtspunkte, daß wir hier auf der Ministerbank unter uns keinen haben, der einem Goethe ähnelt und der etwas schaffen könnte, was seinen Werken gliche. Auch versteht es sich von selbst, daß niemand heute verlangt, daß die einzelnen Beamten solche Dienste regelmäßig tun. Aber die Erinnerung sollten wir uns doch bewahren und das Beispiel auf uns wirken lassen, daß unsere größten Geister auch in der Beziehung Enthaltsamkeit und Bescheidenheit übten. Was ist denn Sparsamkeit anderes als Verzicht auf einen gegenwärtigen Genuß zum Zwecke der Erreichung eines zukünftigen Genusses? Wenn man den Begriff etwas weiter faßt, so enthält Sparsamkeit auch den Verzicht auf den Genuß der höheren Lebensgüter, auf den Genuß, den man darin findet, daß man dasjenige, was man selbst für den höheren Zweck seines Lebens hält, zurückstellt, daß man darauf verzichtet, um seine Pflicht auszuüben und alle Aufgaben, deren Erfüllung ein Amt fordert, gewissenhaft zu lösen. Und daran, meine Herren, glaube ich, fehlt es bisweilen bei uns, und wir dürfen es ganz offen aussprechen, unsere Beamtenschaft steht nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgabe. Ich verstehe darunter uns alle, die wir Beamte sind, und will keinen ausnehmen. Wir alle müssen uns bestreben, daß die Entwicklung, die der Gang unserer Lebensverhältnisse überhaupt genommen hat, nicht dazu führen soll, daß der Beamte wie der Staatsbürger überhaupt es für zulässig hält und sich gewöhnt, immer neue Ansprüche an den Staat zu machen. Das, glaube ich, sollten wir uns alle in allen Kreisen vorhalten. Eine gedeihliche Staatswirtschaft ist weder im Reiche noch im Einzelstaate aufrecht zu erhalten, wenn wir uns nicht in jedem Augenblicke recht vor Augen halten, daß es die Pflicht gegen das große Vaterland des Reiches und gegen das kleinere Vaterland des Einzelstaates ist, daß wir die Tugend der Sparsamkeit, die Tugend der Enthaltsamkeit jederzeit und in vollem Maße erfüllen."

Oertliches und Sächsisches.

— Unter dem Vorsitze Sr. Majestät des Königs und in Gegenwart Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg fand gestern eine Sitzung des Gesamtministeriums statt.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg begibt sich am Dienstag abend nach Berlin, um dem Kaiser die Glückwünsche darzubringen.

— Bei Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Mathilde fand vorgestern ein größerer Nachmittagstee statt, zu dem Einladungen an mehrere Damen der Hofgesellschaft ergangen waren.

— Prinzessin Margarethe, die älteste Tochter des Königs, vollendet heute ihr 9. Lebensjahr.

— Der Hüttenmeister bei der Muldner Hütte Tzschöckel ist in gleicher Eigenschaft zur Halsbrücknerhütte versetzt worden.

— König Friedrich August hat genehmigt, daß der im Königreiche Sachsen staatsangehörige preußische Lokomotivführer a. D. Betzlich in Dresden den preußischen Kronenorden 4. Klasse trage.

— Der Buchhandlungsbesitzer und Schriftsteller Georg Tamme in Dresden — „Europäischer Hof" — wurde vom Großherzog von Mecklenburg-Strelitz zum Hofbuchhändler ernannt.

— Privatdozent Dr. Carl Walcker †. Am Donnerstag abend verstarb in Leipzig Herr Privatdozent Dr. Walcker im 70. Lebensjahre. Der Dahingeschiedene hat sich durch zahlreiche, von ihm verfaßte Schriften einen bekannten Namen gemacht. Seine „Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus" erschien in 5. Auflage 1902. Der Verstorbene ist Mitarbeiter vieler Zeitschriften gewesen.

— **Das neue Wahlrecht**, das nun die verfassungsmäßige Zustimmung der beiden Kammern gefunden hat, bedarf zu seiner Gültigkeit der Vollziehung durch den König, sowie der amtlichen Veröffentlichung. Da das Gesetz erst am 1. August dieses Jahres in Kraft treten soll, fragt es sich, ob die Publikation schon in nächster Zeit erfolgen wird. Zweifellos werden die Landtagswahlen nach dem neuen Wahlgesetz im Herbst stattfinden, nachdem die Zweite Kammer auf Grund eines Königlichen Dekrets aufgelöst sein wird. Inzwischen werden alle Vorarbeiten für die Wahlen, namentlich was die teilweise veränderte Abgrenzung der Wahlkreise (bisher 82, jetzt 91) und die Aufstellung der Wählerlisten anlangt, vorgenommen. Die Aufstellung der Wählerlisten dürfte namentlich bei der ersten Wahl nach dem neuen Wahlgesetz eine besonders schwierige Arbeit sein. — Nicht unwichtig ist es vielleicht, noch auf zwei Momente hinzuweisen, die sich aus der Debatte in der vorgestrigen Sitzung der Zweiten Kammer ergaben. Bekanntlich ist sowohl von der Regierung wie auch von zahlreichen Rednern der konservativen Partei und ebenso vorher schon von dem Berichterstatter der Ersten Kammer, Geheimrat Wach, wiederholt und mit großem Nachdruck das ernste Bedauern zum Ausdruck gekommen, daß es nicht möglich gewesen ist, den Vertretern des Mittelstandes und Kleingewerbes ein